



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XI/158 - 13. Juli 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

Vom Parteitag in München (V)	S. 1
Rückgang der britischen Konservativen	S. 4
Kompromiss in der Abrüstungsfrage ?	S. 5

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 886 890

Drei entscheidungsvolle Tage

sp. München

Das Schwergewicht des SPD-Kongresses von München lag auf den drei Tagen 11., 12. und 13. Juli, wenn auch die Bedeutung der Vorberatungen - in den leitenden Gremien - an den Tagen unmittelbar vorher nicht verkannt werden darf. Ihnen vor allem war es zu verdanken, dass der Mittwoch mit einer so eindrucksvollen Bekräftigung der Geschlossenheit der Partei in allen wichtigen politischen Fragen endete.

Der e r s t e der drei entscheidungsvollen Tage zog die Bilanz aus der jüngsten Vergangenheit und aus der Gegenwart und entwickelte die sich daraus ergebenden Forderungen der SPD. Darüber ist ausführlich berichtet worden.

Der z w e i t e dieser Tage war ganz der Zukunft zugewandt. Er war, entgegen der allgemeinen Erwartung und trotz des gewiss nicht alltäglichen Inhaltes seiner Hauptreferate, von ganz besonderer Bedeutung. Auch in diesem Falle behielten die Skeptiker nicht recht, die vor dem Wagnis gewarnt hatten, eine so neuartige und schwierige Materie wie die der "zweiten industriellen Revolution" in den Mittelpunkt des politischen Kongresses einer Partei zu stellen und von einem Forum von Laien behandeln zu lassen. Das Experiment, angeregt vor allem durch den Vorsitzenden des Landesverbandes Bayern, Waldemar von Knoeringen, gelang durchaus.

Das war auch der beherrschende Eindruck unter den in- und ausländischen Journalisten. Einige dieser Ausländer stellten übereinstimmend

fest, dass sie weit höhere Kabelspesen - als vorgesehen - hätten machen müssen, weil die am Donnerstag behandelten Fragen bei ihnen zu Hause "grössten Interesses sicher" seien, besonders auch nach der Art, wie diese revolutionären Probleme der Wissenschaft und der Technik in einen übergeordneten politischen Zusammenhang gestellt wurden. Das Grundthema, welches hier vor einem so breiten Forum erörtert wurde, wird nicht mehr von der Tagesordnung des grossen Strukturwandels verschwinden, in dem wir uns befinden. Dass die SPD es war, die als erste politische Kraft diesen Akkord mit unüberhörbarer Resonanz angeschlagen hat, entspricht ihrer Tradition: stets der Fortschritt zu dienen.

Der d r i t t e Tag schliesslich galt, wenn man ein sehr bekanntgewordenes Wort einmal auf die SPD anwenden darf, dem inneren Gefüge dieser Partei, ihrer Organisation und ihren mannigfachen Aktivitäten, die sie zu der weitaus stärksten und lebendigsten Partei der Bundesrepublik gemacht haben. Mit vollem Recht wurde in München darauf verwiesen, dass auf allen in den letzten Monaten durchgeführten Tagungen anderer Parteien die Bedeutung der rein politischen Aspekte auffallend stark hervorgehoben wurde, besonders bei der CDU in Stuttgart. Aber finanzielle Mittel allein scheinen den politischen Erfolg für die Dauer nicht zu garantieren. Es hiess in München: "Wir müssen uns darüber im klaren sein, dass zur Verbreitung unserer Idee, zur Gewinnung neuer Wähler und neuer Mitglieder, kurzum zu einem politischen Erfolg ein entsprechendes politisches Klima u n d eine schlagkräftige und einsetzfähige Organisation gehören".

Dafür, dass auf diesem Gebiet in der letzten Zeit ansehnliche Erfolge erzielt wurden, sei ein Beispiel angeführt: Wenn man die bei den Landtagswahlen für die CDU und für die SPD abgegebenen Stimmen auf die einzelnen Bundeswahlkreise in den Ländern Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen umrechnet, so hätte praktisch die CDU statt 140 nur 95 Direktmandate bekommen, die SPD aber statt 39 jetzt 99 Direktmandate. (Und eine kleine Pointe dazu: den grössten Stimmenrückgang unter den Bundestagswahlkreisen von Nordrhein-Westfalen musste die CDU - mit rund 35.000 Stimmen - im Wahlkreis Bonn Stadt- und Land hinnehmen, im Wahlkreis

Konrad Adenauer!)

Die SPD ist, daran kann es keinen Zweifel geben, aus dem Münchner Parteitag mit einer deutlichen und überall spürbaren Vermehrung ihres Ansehens hervorgegangen. Sie hat dies im wesentlichen drei Dingen zu verdanken:

dass sie sich als eine Kraft von imponierender Geschlossenheit in ihren politischen Auffassungen erwiesen hat;

dass sie wie keine andere Partei den Blick in die Zukunft richtet und modern im besten Sinne des Wortes ist;

dass sie beispielhaft festgefügt auch in ihrem inneren Aufbau ist.

In einer Zeit, in der so viele Werte fragwürdig geworden sind, wird sie deshalb über den Kreis ihrer alten Freunde und Anhänger hinaus immer mehr Menschen neuen Halt und neue Zuversicht geben können.

* * *

Der Parteitag und die Presse der SBZ

Die Zeitungen der SBZ berichten laufend, ausführlich und zum Teil in grosser Aufmachung über den Münchner Parteitag der SPD. Freilich operieren sie dabei nach den Gesichtspunkten, die sich aus den Umständen und aus dem Klima der Zone ergeben.

Um ein Beispiel zu nennen: Das "Neue Deutschland" bringt in der Nummer vom 12. Juli einen grossen Bericht über die Tagungsereignisse vom Mittwoch. Wahrheitsgemäss wird dargestellt, dass Erich Ollenhauer in seinem grossen Referat kategorisch ein politisches Paktieren mit Pankow ablehnte und dass eine entsprechende Entschliessung vom ganzen Parteitag angenommen wurde. Das alles aber findet sich erst im letzten Drittel des Berichtes, und zwar auf der zweiten Seite. Auf der ersten Seite dagegen werden in grosser Aufmachung alle, aber auch alle abweichenden Äusserungen, unter Berücksichtigung und Nennung jedes einzelnen Sprechers, dargestellt. In der viersaltigen Aufmachung heisst es: "SPD-Parteitagsdelegierte verlangen: Verhandlungen mit der DDR! Zahlreiche Diskussionsredner kritisieren vorgefasste Meinungen des Parteivorstandes - Forderung nach Beseitigung antikommunistischer Ressentiments - Konsequenter Kampf gegen Aufrüstung verlangt"

* * *

- 4 -

Unruhe im Tory-Lager

F.S., London.

Nach den Gemeindevahlen im Mai begann die Unruhe im Tory-Lager. Diese Wahlen brachten der Labour Party einen Erfolg, der sich nahezu gleichmässig über städtische und ländliche Bezirke verteilte. Natürlich lässt sich einwenden, dass politische Entscheidungen auf kommunaler Ebene, besonders in Grossbritannien, keine oder nur sehr geringe Wertungsmöglichkeiten zulassen, zumal die Beteiligung an diesen Wahlen vielfach unter 20 v. Hundert lag. Auch die Nachwahl zum Unterhaus - in Tonbridge, einem konservativen Stützpunkt - braucht noch kein Barometer zu sein, wenn auch das Ergebnis, auf das ganze Land verteilt, der Labour Party einen Erfolg gebracht hätte, der grösser gewesen wäre als ihr Wahlsieg im Jahre 1945. Gleichermassen würde auch ein Gallup Poll, der Labour wiederum einige Punkte mehr und den Konservativen einen weiteren Rückgang einbrachte, kein ausschlaggebendes Symptom bedeuten. Werden aber diese Ergebnisse und die Äusserungen der öffentlichen Meinung in einer Generalbilanz ^{zusammen} bewertet, dann wird die Unruhe im Tory-Lager verständlich.

Es ist vornehmlich der unorganisierte bürgerliche Mittelstand, der dagegen rebelliert, dass die konservative Regierung ihm zu wenig, den Gewerkschaften dagegen angeblich zu viel gibt. Es zeigt sich aber auch, dass sich dieser Teil der Wählerschaft nicht für eine andere Partei entschliesst, sondern der Wahlurne fern bleibt. Im Gegensatz zu den Liberalen ist man sich in verantwortlichen Labourkreisen bewusst, dass der Rückgang der Konservativen noch keinen Erfolg andeutet, der durch die Politik der Arbeiterpartei oder durch ihre organisatorische Schlagkraft verursacht wurde.

Ministerpräsident Sir Anthony Eden befindet sich in einer heiklen Position. Seine aussenpolitische Konzeption führte zu keiner Beruhigung in Cypern, im mittleren Osten schwelen die Brandherde; die Gefahr, dass die britische Verbindungslinie zum Fernen Osten durch amerikanische und russische Nutzniesser unterbrochen wird, tritt immer sichtbarer in den Vordergrund. Sir Anthony hat keine Wahl. Die oftmals massiven Angriffe, die aus seiner eigenen Umgebung gegen ihn gerichtet werden, lassen nur

zu deutlich erkennen, wie gern ihn der ultrakonservative Flügel seiner Partei in die Wüste schicken möchte.

Die Parteileitung weiss aber nur zu gut, dass sein Rücktritt alle Chancen auf einen Wahlsieg vernichten würde. Labour rüstet und wird bis zu den Neuwahlen in vier Jahren eine neue organisatorische und ideologische Basis gefunden haben. Es ist zwar unstritten, ob Labour im gegenwärtigen Zeitpunkt aussenpolitisch eine andere Linie verfolgen würde oder könnte. Aber sicher ist, dass die Arbeiterpartei auf ökonomischem Gebiet eine Voraussicht gezeigt hätte, die das Ausmass der Wirtschaftskrise stoppen würde.

Die Gewerkschaften sind es wieder, die - in weit stärkerer Masse als die Regierung - bemüht sind, die Folgen konservativer Planlosigkeit aufzuhalten. Was heute unter der Überschrift "Automation" vor sich geht, hat nur zum geringsten Teil damit zu tun. Arbeiterentlassungen, Kürzungen der Arbeitszeit, Lohnstops, die von der Industrie zunächst mit diesem Stichwort entschuldigt wurden, erklärt sie nunmehr ganz offen als Folge planloser Wirtschaftspolitik der Regierung. Ihre Schwäche wird vom Unternehmertum ausgenutzt und als Signal für unberechtigte und ungerechte Massnahmen gegen die Arbeiterschaft benutzt.

Der Mittelstand beginnt zum ersten Male zu erkennen, was der jetzt so gefährdete soziale Staat, von Labour aufgebaut, auch für ihn bedeutet. Schon zeichnen sich am politischen Horizont die Parteitage Labours und der Konservativen, die Kongresse der Gewerkschaften ab, macht sich eine neue, von Liberalen gegründete Organisation bemerkbar, eine sogenannte "Volksliga", die gegen "Gewerkschaftstyrannie und arrogante Bürokratie" zu kämpfen beabsichtigt. Wird diese Organisation lebensfähig, so hätte sich damit ein gefährlicher, politischer und wirtschaftlicher Unruheherd in Grossbritannien neu gebildet.

* * *

Abrüstungsgespräch bleibt in Gang

sp. Im Abrüstungsausschuss der Vereinten Nationen hat der sowjetische Chefdelegierte Gromyko den amerikanischen Vorschlag angenommen, die Streitkräfte der USA, der Sowjetunion und Chinas mit je 2,5 Millionen, die von Frankreich und Grossbritannien mit je 750.000 und die aller anderen Länder mit je 150 bis 200.000 Mann - als erste Stufe eines weltweiten Abrüstungsprogrammes - zu begrenzen.

Damit bleibt das Gespräch der Grossmächte über eine allgemeine Abrüstung in Gang. Nicht zum ersten Male haben sich die Gesprächspartner auf feste Grössenordnungen festgelegt. Es ergab sich in den bisherigen Verhandlungen das eigenartige Bild, dass ein Vorschlag der einen Seite, fand er die Billigung der anderen Seite, von seinen Urhebern wieder fallengelassen wurde.

Ursprünglich wollten die Westmächte die Mannschaftsstärke von USA, China und Sowjetunion auf je 1,5 Millionen Mann festlegen. Die Russen stimmten nach langem Zögern und nicht gerade begeistert zu. Aber das Einschwenken der Sowjetunion erweckte das westliche Misstrauen; die Westmächte selbst rückten von ihrem Vorschlag ab und liessen sich auch nicht durch die von Moskau angekündigte Entlassung von 800.000 Mann beeindrucken.

Sicherlich blieben gewisse Sorgen um die Auswirkungen einer Rüstungsvereinbarung zwischen den Weltmächten auf die innenpolitische Situation in der Bundesrepublik damals nicht ohne Einfluss. Es war Dulles, der, um Adenauer einen Gefallen zu tun, dem amerikanischen Abrüstungsexperten Stassen in den Rücken fiel.

Wenn jetzt von einer Grössenordnung von je 2,5 Mill. Mann für China, Russland und die Vereinigten Staaten ausgegangen wird, so ist das wohl im Vergleich zu den früher genannten Zahlen - es bleiben zunächst drei Millionen Mann mehr unter Waffen - ein Rückschritt. Der aber wird dadurch wieder aufgehoben, dass sich aus diesem Hin und Her doch immer deutlicher die Bereitschaft zu gegenseitigem Entgegenkommen hervorhebt. Und dies nicht nur auf dem Gebiete der Mannschaftsstärke!

An der Spitze aller sowjetischen Abrüstungsvorschläge stand bisher die Forderung nach einem Verbot und der Vernichtung der Atomwaffen.

13. 7. 1956

Die Westmächte konnten solange nicht darauf eingehen, als ein Verbot der Atomwaffen ohne gleichzeitige Rüstungsbegrenzung der Mannschaftsstärke ihnen die Überlegenheit genommen hätte, die sie in diesem Zweig der Massenvernichtung besaßen. Die Sowjetunion hat jedoch in der Zwischenzeit in der H- und A-Bomben-Produktion mächtig nachgeholt. Heute kommt es ausserdem nicht mehr so genau darauf an, ob die eine oder andere Macht etwas mehr oder etwas weniger Stücke an diesen Teufelswaffen besitzt. Entscheidend ist heute, dass beide Seiten in der Lage sind, sich gegenseitig auszulöschen. Die fortgesetzten H-Bomben-Versuche beunruhigen heute alle, aber auch alle Völker.

Die Beseitigung der drohenden Gefahren kann nicht einseitig erfolgen. Auch hier scheint sich eine Auflockerung zu vollziehen. Eden hat jedenfalls angekündigt, dass Grossbritannien bereit sei, die H-Bomben-Versuche auch dann aufzugeben, wenn die in New York geführten Abrüstungsgespräche nicht sofort zu unmittelbaren Ergebnissen führen sollten. Nun, Ergebnisse werden ohnehin erst am Ende eines langwierigen Prozesses stehen; die Fortsetzung der H-Bomben-Versuche in bisheriger Tempo würde jedoch schon in wenigen Jahren zu unüberschaubaren Konsequenzen führen und andere Länder in Versuchung bringen, sich ebenfalls zu beteiligen.

Dieser Einsicht hat sich auch der Regierungsausschuss der USA für Abrüstungsfragen nicht verschlossen; er arbeitet an einem Plan, der die Einschränkung oder völlige Einstellung aller Atomwaffenversuche vorsieht. So ergibt sich zwischen Westen und Osten auf zwei entscheidenden Gebieten eine Annäherung, von der die Mächte nicht mehr abgehen sollten.

+ + -

Verantwortlich: Peter Reunan